

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag*

23.06.2017

Trauer um Helmut Kohl und Stärkung des Pflegeberufs

Mit Helmut Kohl ist am vergangenen Freitag ein großer Staatsmann gestorben. Die deutsche Wiedervereinigung und das vereinte Europa werden immer mit seinem Namen verbunden bleiben.

Viele von uns verbinden persönliche Erinnerungen mit ihm. Auch in seinen letzten Lebensjahren war uns der Rat Helmut Kohls wichtig. Viele von uns erinnern sich noch lebhaft an seinen letzten Besuch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor fünf Jahren. Dort war zu spüren, wie wichtig ihm die Fraktion, die er über lange Jahre geführt und die er stets als seine politische Heimat betrachtet hat, immer noch war. Helmut Kohl hat uns bei diesem Besuch im September 2012 eindringlich daran erinnert, dass unser Einsatz dem Frieden gelten muss – und dass dieser Frieden nur durch ein geeintes Europa bewahrt werden kann.

Wir wissen, was unser Kontinent, was unser Land, was aber auch unsere Partei und unsere Fraktion Helmut Kohl zu verdanken haben. Sein Vermächtnis ist unser Ansporn. Wie niemand sonst weiß die Union um Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt. Wir werden Helmut Kohl in guter Erinnerung bewahren.

Zu unserer internationalen Verantwortung gehören unter anderem auch Auslandseinsätze der Bundeswehr. In diesem Zusammenhang haben wir über die weitere Stationierung von Bundeswehr-Soldaten im türkischen Incirlik entschieden. Die Gespräche mit der türkischen Regierung über die Besuchsmöglichkeiten der dort eingesetzten Soldaten durch Bundestagsabgeordneten sind gescheitert. Damit verweigert die Türkei den Parlamentariern eines NATO-Partners endgültig das Besuchsrecht.

Diese Entscheidung der Türkei ist nicht nur falsch; sie widerspricht außerdem dem Wertekanon der NATO und erschwert unnötig den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das terroristische Regime des IS. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden vom Bundestag mandatiert und müssen durch diesen auch kontrolliert werden können. Dazu gehört auch die grundsätzliche Besuchsmöglichkeit durch Abgeordnete. Das Verhalten der Türkei zwingt uns zur Verlegung der Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Diese sollen

auf die jordanische Luftwaffenbasis Al Azraq verlegt werden.

Und noch eine weitere wichtige Entscheidung fiel in dieser Sitzungswoche: Wir brachten die Pflegereformen dieser Legislaturperiode mit der Reform der Pflegeausbildung zu einem Abschluss. Nachdem mehr Bedürftige mehr Leistungen in der Altenpflege beziehen, sorgen wir nun dafür, dass auch bei steigender Anzahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen, starten wir ab 2020 einen Praxistest und lassen eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zu. Alle Pflege-Auszubildenden werden die ersten zwei Jahre lang gemeinsam ausgebildet. Danach können sie sich entscheiden, ob sie sich im dritten Jahr auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie Generalisten bleiben möchten. Uns war wichtig, dass die drei Berufsabschlüsse – insbesondere in der Alten- und Kinderkrankenpflege – erhalten bleiben und gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die Auszubildenden sollten die größtmögliche Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welches der beiden Modelle das bessere ist.

Unsere große Sorge war, dass der Nachwuchs ausbleibt, weil Schüler mit Hauptschulabschluss mit der neuen Ausbildung überfordert sein könnten. Es ist nun vorgesehen, dass Pflegeschüler, die nach zwei Jahren die Ausbildung mit einer Prüfung beenden, zukünftig als Pflegeassistenten arbeiten können. Positiv ist auch, dass das Schulgeld in der Altenpflege der Vergangenheit angehört. Dies ist ein wichtiger Beitrag, dem Fachkräftemangel in der Pflege wirksam zu begegnen.

Nach sechs Jahren Umsetzung der neuen Ausbildung erfolgt dann eine Auswertung der Anzahl der separaten Abschlüsse. Haben mehr als 50 Prozent den generalistischen Abschluss gewählt, sollen die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen. Über Abschaffung oder Beibehaltung entscheidet der Deutsche Bundestag. Ebenso wird der Gesetzgeber über die weitere Ausgestaltung des Pflegeberufsgesetzes durch eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung beraten.

Start-ups schaffen Arbeitsplätze

Deutsche Start-ups schaffen im Schnitt 18 Arbeitsplätze. Die Vorstellung von Start-ups als Ein-Mann-Betriebe hat mit der Realität nur noch wenig zu tun. Im Schnitt beschäftigt jedes deutsche Start-up Unternehmen derzeit 18 Mitarbeiter. Im Vergleich dazu waren es 2016 15 Angestellte. Dies belegen Ergebnisse einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom unter mehr als 250 Unternehmensgründern. Dass deutsche Start-ups dabei immer erfolgreicher werden, zeigt sich auch darin, dass etwa zwei Drittel (64 Prozent) von ihnen im zurückliegenden Jahr neue Mitarbeiter einstellten. Auch für 2017 geben mehr als drei Viertel der Befragten (77 Prozent) an, mit weiteren Einstellungen zu rechnen. (Quelle: Bitkom)

Bauwirtschaft boomt

In der deutschen Bauwirtschaft setzt sich der Aufschwung fort: Wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in der neuesten Ausgabe seines Aktuellen Zahlenbildes mitteilt, legte der baugewerbliche Umsatz im April im Vergleich zum Vorjahresmonat zwar nur um nominal 3,3 % zu, nach 18,2 % im Vormonat; die Verlangsamung ist allerdings nicht Ausdruck einer sich eintrübenden Baukonjunktur, sondern lässt sich vollständig auf den Effekt einer geringeren Anzahl von Arbeitstagen zurückführen - im April standen drei Arbeitstage weniger zur Verfügung als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Aufgrund des ausgesprochen guten ersten Quartals lagen die Umsätze in den ersten vier Monaten um 8,9 % über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Entsprechend zufrieden zeigten sich die Bauunternehmen: 90 % der im Rahmen des ifo Konjunkturtests Befragten beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage als gut bzw. befriedigend - so viele wie noch nie im April. (www.bauindustrie.de)

Zulassungsregeln für Immobilienmakler

Für Immobilienmakler und Wohnungseigentumsverwalter soll eine Berufszulassungsregelung geschaffen werden. Als neue Voraussetzung für die Erteilung der gewerblichen Erlaubnis nach § 34c der Gewerbeordnung sollen für Immobilienmakler und Wohnungseigentumsverwalter ein Sachkundenachweis sowie für Wohnungseigentumsverwalter darüber hinaus eine Berufshaftpflichtversicherung eingeführt werden. Mit der im Gesetzentwurf vorgesehenen Einführung eines Sachkundenachweises werden eine Verbesserung der von Immobilienmaklern und Wohnungseigentumsverwaltern erbrachten Dienstleistungen und damit eine Stärkung des Verbraucherschutzes angestrebt. Zudem soll der Gesetzentwurf durch die Einführung des Sachkundenachweises

für Wohnungseigentumsverwalter einen Beitrag zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung und Modernisierung von Wohnimmobilien leisten. Mit der darüber hinaus im Gesetzentwurf vorgesehenen Einführung einer Berufshaftpflichtversicherung für Wohnungseigentumsverwalter sollen Wohnungseigentümer vor finanziellen Schäden geschützt werden, die durch die fehlerhafte Berufsausübung des Wohnungseigentumsverwalters entstehen können. Als Alternative zu einer gesetzlichen Berufszulassungsregelung kam eine Selbstregulierung der Branche zum Beispiel durch freiwillige Zertifizierungen oder die Vergabe von Gütesiegeln in Betracht. Entsprechende Initiativen wie zum Beispiel die Zertifizierung nach DIN EN 15733 für Dienstleistungen von Immobilienmaklern haben aus Sicht der Branche jedoch in der Vergangenheit nicht dazu geführt, dass die Auftraggeber von Immobilienmaklern oder Wohnungseigentumsgemeinschaften verstärkt entsprechend qualifizierten Gewerbetreibenden den Vorzug gegeben haben.

In Zukunft mehr chronisch kranke Kinder?

Kinderärzte rechnen in Zukunft mit mehr chronisch kranken Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ursachen dafür seien unter anderem die Folgen von Übergewicht, mehr Autoimmunerkrankungen und auch mehr Verhaltensauffälligkeiten, sagte Klaus-Michael Keller vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte am Freitag vor dem Beginn des 47. Kinder- und Jugendärztetages in Berlin. Hinzu komme, dass heute mehr extreme Frühchen und Kinder mit angeborenen Herzfehlern überlebten, aber danach oft einen zusätzlichen medizinischen Versorgungsbedarf hätten. Besser als früher ließen sich auch seltene Leiden wie Mukoviszidose behandeln. Viele Kinder mit dieser Stoffwechselstörung erreichten heute das Erwachsenenalter, sagte Keller, der wissenschaftlicher Leiter des Kongresses ist. Nach Verbandsangaben haben heute jedes sechste Kind und jeder vierte Jugendliche, die in einer Kinderarztpraxis behandelt werden, eine chronische Grunderkrankung. Dazu zählen zum Beispiel Allergien, Asthma, Neurodermitis, chronische Darmentzündungen, Rheuma, Epilepsien, Krebs und die Aufmerksamkeitsstörung ADHS. (dpa)

Zitat

„Er war die personifizierte vertrauensbildende Maßnahme der Weltpolitik.“ (Bundestagspräsident Norbert Lammert über den verstorbenen Altkanzler Helmut Kohl bei der Würdigung am Donnerstag im Bundestag)